

UNSERE VERWALTUNG

STAATSANZEIGER – Wochenzeitung für Wirtschaft, Politik



und Verwaltung in Baden-Württemberg





Foto: IMAGO / Westend61

INTERVIEW

Karriere in der öffentlichen Verwaltung

DAS GESPRÄCH FÜHRTE JOHANNA SCHÄFER



PAUL WITT,
Ehemaliger Rektor der Hochschule Kehl

Paul Witt war von 2007 bis 2019 Rektor der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl und begleitet weiterhin als Lehrbeauftragter viele Studierende durch ihr Studium.

Paul Witt hat im Lauf seiner langen Karriere als Hochschullehrer etliche Verwaltungsmitarbeiter ausgebildet. Unter anderem gibt er noch heute die Seminare, die den Ruf Kehls als „Bürgermeisterschmiede“ begründet haben. Im Interview schildert er, warum eine Laufbahn in der öffentlichen Verwaltung nicht nur als Rathauschef auch in Zukunft attraktiv ist.

Inwieweit könnte Künstliche Intelligenz (KI) den Generationenwechsel in der kommunalen Verwaltung unterstützen?

KI wird sicherlich eine Hilfestellung sein. Es wird aber das menschliche Know-how, die menschliche Seite nicht ersetzen. Möglicherweise wird es den einen oder anderen Arbeitsplatz ablösen können, das mag sein. Aber man muss bei KI, so wie die Systeme und die Programme jetzt ausgestaltet sind, vorsichtig sein und überprüfen, was die KI ausgewertet beziehungsweise bearbeitet hat. Es bedarf demnach auch weiterhin viel menschliche Arbeitskräfte, die in der Verwaltung tätig sind.

Welche Veränderungen können dadurch entstehen, dass die geburtenstarken Jahr-

gänge in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen?

Dadurch gibt es optimale Aussichten für unsere Studierenden einen guten Job in der öffentlichen Verwaltung zu bekommen und einen erfolgreichen beruflichen Werdegang zu haben. Für die Kommunen wird es hingegen ein riesiges Problem. Bereits jetzt gibt es viele Beschwerden über Fachkräftemangel.

In Zukunft wird dies weiter zunehmen. Die Hochschulen und die zukünftigen Arbeitgeber müssen in nächster Zeit viel mehr Werbung um junge Menschen betreiben. Kürzlich habe ich in Wien Plakate gesehen, auf welchen ganz modern stand: „Komm ins Team der Gestalter“. Junge Leute finden das ansprechender.

Was würde Ihrer Meinung nach die Arbeit in der öffentlichen Verwaltung für die junge Generation attraktiv machen?

Allgemein hört man, dass mehr Wert auf eine Work-Life-Balance gelegt wird. Nicht der Beruf, sondern Zeit für Familie, Freunde und Hobbys stehen im Fokus.

Folglich sind flexible Arbeitszeiten ein Kriterium für die Attraktivität. Ein bis zwei Tage in der Woche im Home-Office zu arbeiten ist ein weiterer Punkt. In größeren Gemeinden gibt es auch andere Dinge, die das Arbeiten attraktiv machen. Zum Beispiel Kindergartenplätze, die vorgehalten werden für die Kinder der Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter bis hin zu Job-Bikes. Es gibt auch Städte wie Stuttgart, die zum Beispiel eine Jahreskarte für die öffentlichen Verkehrsmittel ausgeben.

Zwischenzeitlich wurde die Altersgrenze bei der Kandidatur zum Bürgermeisteramt auf 18 Jahre reduziert. Ist das eine gute Entwicklung?

Das sehe ich kritisch. Die Menschen möchten einen Bürgermeister mit einer gewissen Lebenserfahrung, einer gewissen Berufserfahrung und Führungserfahrung. Das Ziel, junge Menschen für Politik zu interessieren, ist ein gutes Ziel. Nur ob ein 18-Jähriger mit all den fehlenden Erfahrungen ein guter Bürgermeister sein kann, bezweifle ich.

Warum würden Sie jungen Menschen empfehlen sich für den Beruf in der öffentlichen Verwaltung zu entscheiden?

Die öffentliche Verwaltung ist ein interessantes Arbeitsfeld mit einem unheimlich breiten Spektrum. Angefangen vom Hauptamt über das Sozialamt, dem Bauamt und so weiter. In unterschiedlichen Hierarchiestufen, von der kleinsten Gemeinde bis zur Stadt Stuttgart, bis hin zu Landratsämtern, Regierungspräsidien und Ministerien. Man kann also in den unterschiedlichsten Aufgabenbereichen tätig sein. Im Übrigen ist die Tätigkeit in der Verwaltung und für die Menschen eine überaus sinnstiftende Aufgabe. ■



FACHKRÄFTEMANGEL IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Viel Arbeit, wenig Personal, mehr Stress



Foto: IMAGO / Bihlmayerfotografie

Laut dem Chef des Deutschen Beamtenbundes, Ulrich Silberbach, fehlen dem Staat mindestens 360 000 Beschäftigte. Von dem Fachkräftemangel sind alle Sektoren des öffentlichen Dienstes betroffen.

VON MIKE-NORMAN SCHLOSSER

„Schon heute fehlen uns 360 000 Beschäftigte“, mahnt Ulrich Silberbach, der Chef des Deutschen Beamtenbunds (DBB). „Und damit nicht genug: Bis 2030 werden über 1,3 Millionen Beschäftigte in den Ruhestand gehen, viele von ihnen sicher schon früher. Deshalb seien in vielen Bereichen die Beschäftigten seit Jahren einer hohen Überlastung ausgesetzt.“

Ein gutes Beispiel hierfür ist Stuttgart. Dort zeigte sich, dass man das Bürgerbüro Süd aufgrund mangelnder Anzahl an Mitarbeitern monatlang schließen müsse, wie ein

„Krise ist nicht erst seit gestern. Krise ist vielmehr Normalzustand geworden.“

Ulrich Silberbach,
DBB Bundesvorsitzender

Pressesprecher der Stadt im September erklärte. Jedoch betont Katja Marktstahler, Landesfachbereichsvorsitzende und Personalvorsitzende des zuständigen Amtes, man solle die Verantwortung einer Schließung nicht auf den Schultern der Beschäftigten abladen.

In Stuttgart gab es Personalnot in der Ausländerbehörde

Die Arbeitsverdichtung und der permanente Druck durch die Personalnot seien schon schlimm genug. Die Stuttgarter Zeitungen berichtete im vergangenen Frühjahr auch darüber, dass jede dritte Stelle in der Ausländerbehörde unbesetzt sei.

Das führe dazu, dass sich Betroffene 15 Stunden vor der Öffnungszeit mit Campingstühlen und Zelten vor der Behörde niederlassen. Grund hierfür sei ein Notfallticket, welches einen abgelaufenen Aufenthaltstitel und einen noch nicht zugewiesenen

Termin voraussetzt. Jedoch könne man aufgrund der fehlenden Kapazitäten nur 15 bis 25 Notfallnummern am Tag vergeben. Auch bei der Bundespolizei wirkt sich der Personalmangel auf die Beschäftigten und die stetige Aufgabenerfüllung aus.

So übe die Deutsche Bundespolizeigewerkschaft angesichts des Personalmangels deutliche Kritik an dem Haushaltsentwurf der Ampel-Regierung. Es gebe „erhebliche Lücken in der Krisenfestigkeit“ der Behörde, schreibt die Gewerkschaft in einem internen Papier, über das die Welt im vergangenen Herbst berichtete.

Weiter heißt es in diesem Bericht, dass der Personalmangel der Bundespolizei mittlerweile sogar die innere Sicherheit tangiere. Mit einer Entlastung sei überdies auch im Jahr 2024 nicht zu rechnen. Man müsse zur Sicherung der Aufgabenerfüllung das Personaldefizit „unbedingt ausgleichen“.

Mehr Quereinsteiger sind ein Mittel für mehr Personal

Gehe man auf die Forderung der Schaffung von „8200 Planstellen“ nicht ein, könne die Bundespolizei „nicht mehr für die Sicherheit der in Deutschland lebenden Men-

schen garantieren“. Genehmigt wurden für 2024 allerdings lediglich 1008 Stellen, was das vorhandene Defizit verdeutlicht. Der anhaltende Personalmangel könnte das Grundgerüst des öffentlichen Dienstes bedrohen.

Denn die Situation bei der Bundespolizei spitzt sich nach Ansicht von Beobachtern zu: erhebliche Überstunden belasten die Einsatzkräfte, während der Haushaltsentwurf nur einen Bruchteil - 1008 von 8200 - der geforderten zusätzlichen Planstellen genehmigt.

Dies tangiert nicht nur die Krisenfestigkeit der Behörde, sondern auch die innere Sicherheit. In den Verwaltungen vor Ort verstärkt sich der Engpass. Bürgerbüros müssen schließen, da das Personal fehlt, und lange Wartezeiten in Ämtern sind die sichtbaren Folgen.

Der Appell zur Stärkung des Personals auf allen Ebenen der Verwaltung erscheint daher dringender denn je. Präventive Maßnahmen, wie sie beispielsweise die Förderung von Quereinsteigern und eine Erhöhung der Zulassungen an Hochschulen darstellen, sind unerlässlich, um das Gemeinwohl zu sichern. Jedoch müssen Appelle auch die richtigen Zuhörer finden. ■



Landratsamt Schwäbisch Hall

Werden Sie Teil des Teams

Das erwartet Sie:

-  Praktikumsstellen in jedem Vertiefungsbereich
-  attraktive Stellenangebote
-  Möglichkeit einer Probezeitverkürzung
-  einen Nachmittag dienstfrei am Geburtstag
-  schnelle Beförderungen
- ... und vieles mehr...

gestalten bewegen verändern

WWW.LRASHA.DE






dpa/SZ Photo/Florian Peljak

MITTEILUNGSKANÄLE IM WANDEL

Kommunikation mit Bürgern

Amtsblatt, Bürgerdialoge und Interesse an sozialen Medien: Ist die Informationskultur auch bei kommunalpolitischen Themen im Wandel? Eine Umfrage an der Hochschule Kehl zeigt: Ja. Sie bietet ein Stimmungsbild zum Nutzen der Kommunikationskanäle von Kreisen und Gemeinden - und den Wünschen der Bürger.

VON SEBASTIAN KRIEGER UND JAN GLÖCKLER

Die Digitalisierung ist in vollem Gange: Statt der Papierakte wird die E-Akte immer beliebter. Zeitungen werden im ePaper-Format angeboten. Besonders die jüngere Generation steht sinnbildlich für einen Wandel in der Informationskultur. Amtsblatt und Tageszeitung werden vom Smartphone gelesen. Instagram, Facebook, Twitter und neuerdings sogar TikTok liefern News in Echtzeit. Da stellt sich die Frage, ob auch unsere Verwaltung sich noch am Puls der Zeit bewegt oder Ihre Informationskanäle nicht vielmehr ein Update erhalten sollten.

Selbstverständlich haben Gemeinden von Grund auf einen Auftrag alle Einwohner zu informieren. Sie möchten über die neusten Vorgänge in Ihrer Gemeinde informiert und bei Entscheidungen beteiligt werden. Ein Gefühl von Zugehörigkeit soll entstehen. Politik soll nicht über die Bürgerinnen und Bürger hinweg, sondern mit ihnen zusammengemacht werden. Gemeinschaft und Zusammenhalt sind Schlüsselbegriffe.

Nicht jedes soziale Medium ist gleich geeignet. Facebook und Twitter erachte ich als durchaus zielführend, TikTok hingegen fehlt oft der informative und seriöse Charakter.

Adelheid Huber,
Rentnerin aus Kehl

Es darf zumindest hinterfragt werden, ob Generation Z über das traditionelle Amtsblatt erreichbar ist. Anstatt lose Vermutungen aufzustellen, entschieden wir uns, ein Stimmungsbild einzuholen.

Unsere Befragung richtete sich an die Studierenden des Bachelorstudienganges „Public Management“ an der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl. Dabei nahmen insgesamt 332 Personen aus den Jahrgängen 2021, 2022 und 2023 teil. Davon war mit 242 Personen der überwiegende Teil weiblich (72,89 Prozent). 89 Personen gaben bei der Frage nach dem Geschlecht männlich (26,81 Prozent) an, eine Person divers (0,30 Prozent). Die Einschätzungen und Wünsche von Vertretern einer jungen Generation, die zugleich die Beamten von morgen sind – hier können schon aussagekräftigere Thesen getroffen werden. Das Durchschnittsalter aller Probanden lag bei 23 Jahren. Neben den soziodemografischen Daten lag der Fokus der Umfrage im Hauptteil auf den Informationswegen der jeweiligen Heimatgemeinde. Ebenso wurde

BADEN BADEN

Arbeiten bei der Stadtverwaltung Baden-Baden

sinnvoll | fair bezahlt | sicher | flexibel | familienfreundlich

Für jedes tierische Talent den richtigen Job.

wir-im-rathaus.de



die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Informationskultur abgefragt. Dabei bleibt das Amtsblatt das Medium schlechthin, um über Geschehnisse in der Gemeinde zu berichten. 316 Befragte und damit 95,2 Prozent gaben an, dass Ihre Gemeinde ein Amtsblatt zur Verfügung stellt. Dahinter folgen mit 52,4 Prozent Mitteilungen über Instagram. Zusammen mit den Bürgerdialogen (26,5 Prozent) bilden die drei Mitteilungsarten das Spitzentrio. Abgeschlagen sind TikTok und Twitter mit 0,9 und 1,8 Prozent, welche von den Gemeinden - stand der Umfrage - kaum genutzt werden. Die Umfrage zeigt, dass Informationen vor allem über Instagram ausgetauscht werden. Bürgerdialoge hingegen verlieren an Attraktivität. Und auch Facebook als Quelle für News in der Gemeinde macht dem Bürgerdialog Konkurrenz (liegt mit 22,9 Prozent nur knapp dahinter). Deutlich vor den abgeschlagenen sozialen Medien TikTok & Twitter und knapp hinter Facebook liegt die eigenständige App der Gemeinde (14,2 Prozent).

Umfrage zeigt, Amtsblätter sind weiterhin gefragt

Interessant ist zu wissen, dass grundsätzlich eine Bereitschaft für diese Mitteilungsart besteht. Auf die These „Wenn meine Gemeinde eine App mit den neusten Informationen zu kommunalpolitischen Themen zur Verfügung stellt, würde ich diese regelmäßig nutzen“ antwortete die Mehrheit der Befragten (215) mit Ja. Dies entspricht 64,8 Prozent.



Adelheid Huber,
68 Jahre,
Rentnerin aus Kehl

Vorrangig informiere ich mich durch Zeitung und über die Homepage meiner Stadt. Das Angebot der sozialen Medien ist mir bewusst, ich nutze es selbst allerdings nur sporadisch. Bei allen medialen Angeboten fällt es schwer, den Überblick zu behalten. Eine eigenständige App würde ich nicht nutzen. Am liebsten habe ich eine Zeitung in der Hand und informiere mich in Papierform. Mit den bestehenden Informationskanälen fühle ich mich ausreichend infor-

miert. Aufgrund der Gespräche mit meinen Mitmenschen liegt jedoch die Befürchtung nahe, dass ältere Generationen abgehängt werden. Die Generation „Amtsblatt“ könnte von der Generation „soziale Medien“ abgelöst werden. Für die Zukunft wünsche ich mir definitiv den Erhalt und das regelmäßige Angebot von Bürgerdialogen. Eine ausgeprägte Bürgernähe kann weder allein mit dem Amtsblatt erhalten noch durch soziale Medien ersetzt werden.

Des Weiteren beschäftigte sich die Umfrage mit der Akzeptanz der verschiedenen Informationswege. Demnach ist das Amtsblatt nicht nur das gängigste Informationsmittel, sondern nach Auffassung der Befragten auch das Geeignetste. 52,1 Prozent stuften das Amtsblatt in die höchste Kategorie „sehr geeignet“ ein. Darauf folgt - vor dem Bürgerdialog - zunächst Instagram. Beide werden vorwiegend in der Rubrik „geeignet“ eingestuft. „Neutral“ sind die Meinungen zu Twitter und Facebook, TikTok wird als „ungeeignet“ bewertet. Die bereits attestierte Bereitschaft der eigenständigen App wird mit der Einstufung „geeignet“ untermauert.

Wie sieht es jedoch unabhängig zu den Mittelungsarten mit der generellen Zufriedenheit aus? Die Befragten sollten der Mittelungskultur Ihrer Gemeinde eine Schulnote geben. Ergebnis: 3,1 im Durchschnitt. Immerhin 110 der Befragten vergaben aber die Note 4 oder schlechter. In Addition dazu ist über die Hälfte der Befragten nicht bereit, für ein Amtsblatt zu bezahlen (58,7 Prozent).

Ausgehend von dieser Problemstellung werden nun Überlegungen laut, ein kostenloses Amtsblatt einzuführen. Im Gemeinderat der Stadt Ravensburg wurde zur Vorbereitung eines kostenlosen gesamtstädtischen Amtsblattes ein erster Grundbeschluss gefasst. Dabei sieht die Verwaltung der Stadt das Amtsblatt als Möglichkeit, regelmäßige und ausführliche Informationen aus erster Hand an alle Bürgerinnen und Bürger zu richten, schreibt der Staatsanzeiger für Baden-Württemberg.

Großes Interesse der Bürger an kostenlosen Amtsblättern

Daran besteht nach der bestehenden Umfrage großes Interesse: knapp 89,5 Prozent würden das Angebot eines kostenlosen Amtsblattes nutzen. Dies würde sich auch positiv auf kommunalpolitisches Interesse der Befragten auswirken: Mit der Einführung eines kostenlosen Amtsblattes steigert sich das Interesse beachtlich.

Nur 12,1 Prozent und damit 40 der insgesamt 332 Teilnehmenden geben an, dass sich kaum etwas an Ihrem Interesse ändern würde. Was heißt das nun für unsere Verwaltung in Baden-Württemberg? Zunächst einmal werden auch die Bürgerinnen und Bür-

Wir sind Ihre Mediaberater für den Staatsanzeiger Baden-Württemberg

Gerne beraten wir Sie zu Anzeigen, Beilagen (Flyer, Prospekte), PR-Anzeigen, Firmen-Jubiläen und Sonderveröffentlichungen zu Neu- und Umbauten.

Wann könnten wir uns unverbindlich unterhalten?

Wir freuen uns, Sie kennenzulernen!

Michael Grigat
Mediaberater
Tel.: 07 11/6 66 01-465
m.grigat@staatsanzeiger.de

Jürgen Springer
Mediaberater
Tel.: 07 11/6 66 01-468
j.springer@staatsanzeiger.de



STAATSANZEIGER VERLAG



ger moderner. Teile von neuen Informationskanälen erfahren überraschend große Relevanz. Besonders Instagram, aber auch eine eigenständige App erhalten viel Zustimmung. Hier gilt es für die Gemeinden, am Puls der Zeit zu bleiben und die gewünschten neuen Wege mitzugehen. Dabei muss jedoch nicht jeder neue Trend mitgemacht werden: Bestimmte soziale Medien werden von den Befragten als unpassend angesehen, siehe Twitter und vor allem TikTok. Nonplusultra des Informationskanals bleibt das Amtsblatt. Größte Umsetzung und am besten geeignet.

Die Debatte über die Einführung eines kostenlosen Amtsblattes stellt sich nach Analyse der Umfragedaten also als durchaus relevant dar. Es ist definitiv nicht auszuschließen, dass die Umsetzung dieser Idee sich positiv auf das kommunalpolitische Interesse und die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger auswirkt.

Wie fällt nun das azit aus? Zentral in der Mitteilungs- und Informationskultur wird auch zukünftig Flexibilität sein. An Bewährtem festhalten und sich dabei nicht der Zukunft verschließen. Damit es für jeden Interessierten das passende Angebot gibt. ■

Weitere Informationen zu kommunalen Kommunikationskanälen unter:
[https://www.umfrageonline.com/results/Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger](https://www.umfrageonline.com/results/Beteiligung%20von%20Bürgerinnen%20und%20Bürger)



Kevin Herzog,
26 Jahre,
Student aus Mannheim

Ich empfinde eine gute Kommunikation zwischen der Verwaltung und mir als Bürger sehr wichtig. Durch das Amtsblatt wird man als Einwohner über aktuelle Themen rund um die Politik im Rathaus sowie über bevorstehende Veranstaltungen oder Projekte informiert. Neben dem Amtsblatt bekommt man aktuell auch auf Social-Media die neuesten Informationen bereitgestellt. Ich selbst folge dem Instagram Kanal „meiner Stadt“, so bleibe ich auch unterwegs immer auf

dem Laufenden. Mit Social-Media werden hauptsächlich jüngere Einwohner angesprochen, jedoch darf man die ältere Generation nicht vergessen. Diese Personengruppe ist eher selten auf Instagram und Co. vertreten und somit auf das gedruckte Amtsblatt angewiesen. Für mein Empfinden gibt es nicht das Kommunikationsmittel zwischen der Stadt und ihren Einwohnern. Hauptsache, die Nachrichten werden an die einzelnen Einwohner herangetragen.

Neu im Programm!



8., überarb. Auflage 2024
XV, 639 Seiten mit 18 Abb. und
24 Tab. Kart.
€ 99,-
ISBN 978-3-17-043964-1
Kommentar



21., aktual. Auflage 2024
XV, 424 Seiten mit 43 Abb. und
10 Tab. Kart.
€ 59,-
ISBN 978-3-17-040928-6
Kurzkomentar



17., aktual. Auflage 2024
XIX, 847 Seiten. Kart.
€ 58,-
ISBN 978-3-17-042874-4
Kommentar

Alle Titel auch als E-Book erhältlich. Leseproben und weitere Titel aus unserem Programm finden Sie unter shop.kohlhammer.de

Kohlhammer
Bücher für Wissenschaft und Praxis



Foto: IMAGO / Westend61

DIGITALISIERUNG

Die Umstellung vom Analogen fällt der Verwaltung schwer

Die Digitalisierung wird immer wichtiger. Durch diese lassen sich Prozesse effizienter gestalten und Kosten reduzieren. Die skandinavischen Länder gelten als Vorreiter. Doch wie steht Deutschland im Vergleich da?

VON GABRIEL NOLD

Die Europäische Kommission veröffentlicht seit 2014 jährlich den Digital Economy and Society Index (DESI) Bericht, der den digitalen Fortschritt der EU-Mitgliedstaaten bewertet. Im kürzlich erschienenen Ergebnis des Jahres 2022 landet Deutschland mit einem Wert von 52,9 auf Rang 13 von 27. Dieser Wert liegt knapp über dem EU-Durchschnitt von 52,3, was Deutschlands Position im Mittelfeld der digitalen Wirtschaft und Gesellschaft widerspiegelt.

Der DESI bewertet die Länder anhand der Kategorien „Humankapital“, „Konnektivität“, „Integration der Digitaltechnik“, sowie „Digitale öffentliche Dienste“. In diesen konnte sich Deutschland in den vergangenen Jahren verbessern. Finnland, Dänemark, Niederlande und Schweden belegen weiterhin die Spitze in der EU. Im Bereich

„Digitale öffentliche Dienste“ belegt Deutschland den 18. Platz und zeigt gerade hier Verbesserungsbedarf. Viele Gemeinden hinken dem technischen Fortschritt immer noch hinterher. Wer mancherorts im Bürgerbüro eine Leistung in Anspruch nehmen möchte, muss meistens noch zum Amt, dort eine Nummer ziehen und im Wartebereich Platz nehmen. Dies wollte die Regierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel ändern. 2017 wurde das Onlinezugangsgesetz in der großen Koalition aus CDU und SPD beschlossen.

Die Bundesregierung bezeichnete dieses Vorhaben als „größtes Modernisierungsprojekt der öffentlichen Verwaltung seit Bestehen der Bundesrepublik“. Dadurch sollten bis Ende 2022 alle wichtigen Verwaltungsleistungen unabhängig von Ort und Zeit

barriere- und medienbruchfrei nutzbar sein. Bürger sollten sich dann unter anderem digital ummelden, Elterngeld oder einen Schwerbehindertenausweis beantragen können. Diese und andere Maßnahmen des Bundes und der Länder haben zu einem höheren digitalen Angebot geführt und die Digitalisierung ins Rollen gebracht. Trotz großer Anstrengungen wurde das Ziel aber nicht vollständig erreicht. Komplexe föderale Strukturen, unterschiedliche Digitalisierungsstände und eine unterschiedliche IT-Landschaft in den Bundesländern nannte das zuständige Bundesministerium des Innern und für Heimat als Gründe dafür. Doch für eine moderne digitale Verwaltung braucht es mehr als nur Onlineangebote. Aus dem e-Government Monitor 2022 geht hervor, dass in Deutschland 92 Prozent bereit sind, digitale Angebote wiederholt zu nutzen, wenn sie diese das erste Mal verwendet haben. Dennoch stagnieren die Nutzerzahlen seit Jahren. Nur 55 Prozent der Internetnutzer nehmen die elektronische Behördendienste in Anspruch.

Vorreiter sind nach wie vor skandinavische Länder

In Finnland beispielsweise liegt dieser Wert mit 92 Prozent deutlich höher. Neben der mangelnden Bekanntheit der vielen verschiedenen Onlineangebote schrecken auch die hohen Nutzungshürden ab. Außerdem handelt es sich bei den Angeboten meist um Leistungen, die nicht regelmäßig in Anspruch genommen werden, wie zum Beispiel

die Beantragung von Urkunden oder das Ummelden des Wohnsitzes. Die skandinavischen Länder haben zudem das Potenzial des technischen Fortschrittes deutlich früher erkannt als Deutschland. Während für viele Deutsche das Mobiltelefon Mitte der 90er-Jahre noch als Statussymbol galt, besaßen in Schweden bereits viele Studenten eines, wie der Journalist Matthias Iken in seinem Artikel im Hamburger Abendblatt feststellte. Auch in Sachen digitaler Kommunikation haben die skandinavischen Länder einen Vorsprung. Bevor der Begriff E-Mail in Deutschland Anfang der 2000er Jahre ein Begriff wurde, besaßen bereits hunderttausende Nordeuropäer laut Statista einen Account. Durch den frühen Kontakt mit technischen Neuheiten entwickelte sich eine sehr starke Akzeptanz in der Bevölkerung, die bis heute anhält.

Eine eigene App für jede Behörde

Gerade in der Kommunikation mit Bürgern legen die skandinavischen Ländern Wert auf schnelle und unkomplizierte Anwendungen. Schweden deckt beispielsweise mit 3000 E-Services nahezu alle Verwaltungsleistungen ab. Um die Interaktion möglichst einfach zu gestalten, besitzt fast jede Behörde eine eigene App, sodass Anfragen und Anträge online gestellt und bearbeitet werden können. In Deutschland können Bürger zwar auch Anfragen per Mail an die Behörde versenden, jedoch gilt der Briefweg immer noch als Standardverfahren. ■



SO MEHR ALS DU DENKST

SO VIEL

JETZT BEWERBEN BEIM GRÖSSTEN WIR DES LANDES

WIR. DER KREIS.

Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis
Mit 28 Ämtern & Stabsstellen an über 10 Standorten sind wir einer der größten kommunalen Arbeitgeber der Region. Ob sozial, technisch oder in der Verwaltung – wir übernehmen gemeinsam Verantwortung und gehen große Themen an. **Bewirb dich jetzt.**

WIR-DER-KREIS.DE

INTERVIEW

Wie kommt Künstliche Intelligenz in die öffentliche Verwaltung?

DAS GESPRÄCH FÜHRTE ALEXANDER SCHMITT



Jürgen Kegelmann,
Professor an der Hochschule Kehl

Jürgen Kegelmann lehrt Organisation, Personal und Management an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl.

Digitalisierung durch KI - ist das in der öffentlichen Verwaltung mehr als Floskel? Wo ihr Einsatz überhaupt sinnvoll ist, und wer bei der Umsetzung helfen kann, erläutert Jürgen Kegelmann im Interview. Er lehrt Organisation, Personal und Management an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl.

Haben Sie schon mal eine Künstliche Intelligenz (KI) wie ChatGPT verwendet?
Bis jetzt nur für Testzwecke (lacht).

Wenn Sie Bürgermeister wären, in welchem Bereich würden Sie eine KI zuerst einsetzen?

Ich würde mir zuerst anschauen, in welchen Bereichen der Einsatz einer KI die größten Potenziale birgt. Also welche Prozesse häufig vorkommen, welche Prozesse sich leicht standardisieren und damit algorithmisieren lassen. Wo haben wir aktuell Probleme? Könnte die KI hier helfen?

Stellt die KI auch eine Chance dar, alte Abläufe, Prozesse zu überdenken und zu entstauben?

Ich zitiere da gerne wörtlich den Chief Digital Officer des Landes, Stefan Krebs: „Ein

scheiß analoger Prozess, bleibt ein scheiß digitaler Prozess.“ Wer einfach nur analoge Prozesse digitalisiert, der lässt sich eine Riesenchance entgehen, Prozesse zu vereinfachen und damit zu verbessern.

Was würden Sie Gemeinderäten und Bürgermeistern sagen, die noch zögern, das Thema Digitalisierung wirklich anzugehen?

Zunächst würde ich ihnen Mut machen wollen, Dinge einfach auszuprobieren. Dann die Chancen der KI an konkreten Beispielen aufzeigen. Beispielsweise wie ein Chatbot bei der Arbeit unterstützen kann und die Arbeit insgesamt vereinfacht. Auch Besuche in Kommunen, die bereits eine KI im Einsatz haben, können helfen, Berührungspunkte abzubauen.

Welche Verbesserungen können Sie sich für die individuellen Mitarbeiter in den Verwaltungen vorstellen?

Idealerweise hat jeder Mitarbeiter bald einen persönlichen KI-Assistenten, der Aufgaben übernehmen kann, Dinge vorbereitet und damit Zeit für komplexe Aufgaben frei macht. Entscheidungen werden natürlich immer dem Menschen überlassen bleiben. Selbstverständlich sollte auch immer der Gedanke dabei sein, wie ich Mitarbeiter entlasten kann.

Wird KI die Lösung für den zunehmenden Personalmangel?

Sie ist ein wichtiger Baustein der Lösung. Durch den Personalschwund wird mehr Arbeit von weniger Menschen geleistet werden müssen. Das wird nur klappen, indem ich Prozesse vereinfache, und wenn eine KI mir die Arbeit abnehmen kann, muss ich sie nicht machen.

Sollte man eine KI erst auf die Bevölkerung „loslassen“, wenn sie perfekt funktioniert oder sollte man einfach das Experiment wagen?

Ich würde immer versuchen, die Bevölkerung miteinzubeziehen. Ich würde auch nicht sagen, dass Digitalisierung nur für die öffentliche Verwaltung ein Thema sein sollte. Ich halte sie für eines der fundamentalen Themen. Da würde ich definitiv durch geeignete Bildungsangebote, beispielsweise mit Schulen, unterstützen, damit die Menschen Erfahrungen mit den neuen Formaten machen können. Ich war gerade in Taiwan, dort gibt es eine App und eine Plattform, womit die ganze Bevölkerung Bildungsangebote zum Thema Digitalisierung kostenfrei wahrnehmen kann. Die Bevölkerung nutzt das gerne und die Zugriffszahlen sind hoch.

Müssen wir in der öffentlichen Verwaltung jetzt alle IT-Experten werden?

Nein! Das ist gerade das Gute. Wir müssen ja nicht die Benutzeroberfläche programmieren. Nur entscheiden, wo der Einsatz digitaler Assistenten sinnvoll ist, wo die Möglichkeiten, wo die Grenzen sind. Die fertige Benutzeroberfläche sollte dann so einfach sein, dass sie jeder Mitarbeiter ohne größeres Detailwissen verwenden kann.

Sie haben den neuen Studiengang „Digitales Verwaltungsmanagement“ der Hochschule Kehl mitentwickelt. Was versprechen Sie sich von den neuen Absolventen, wenn sie in der Praxis ankommen?

Ich verspreche mir von ihnen vor allem, dass sie die Verwaltungen voranbringen können. Sie schauen auf die Verwaltungen durch neue Brillen und bereichern mit wichtigen Innovationsimpulsen. Die Studierenden bringen die technischen genauso wie die rechtlichen Kompetenzen mit. Sie werden als Innovationsträger die Umsetzung der Digitalisierung begleiten. Sie können also nicht nur reden, sondern auch machen! ■



Aus Landkreis
wird *Ihr Kreis*
der Möglichkeiten.

Zeit für Veränderung.

Mehr Landkreis. Mehr Möglichkeiten.

Arbeiten beim Landratsamt? Da beginnt bei vielen das Kopfkino mit grauen Büros und Schreibtischen voller Aktenordner, Stempel und Papierbergen. Darum drücken wir schnell auf den Stoppknopf. Die Realität sieht nämlich anders aus. Mit vielfältigen Möglichkeiten für beruflichen Erfolg.

Nicht zuletzt die vergangenen Jahre haben verdeutlicht: Neue Zeiten bringen nicht nur neue Herausforderungen mit sich, sondern vor allem auch neue Lösungen und Ideen. Homeoffice, flexible Arbeitszeiten und Arbeitsformen, mehr Selbstbestimmung der Mitarbeitenden, Vereinbarkeit von Familie & Beruf, Work-Life-Balance ...

Wir, als Landkreis Sigmaringen, stellen uns diesen Herausforderungen. Und zwar gemeinsam mit Ihnen. Denn jetzt ist die Zeit, unseren Landkreis aktiv mitzugestalten. Am besten, Sie starten mit einem Klick auf unsere Karriereseite karriere.landkreis-sigmaringen.de. Wir freuen uns auf Sie.



Jetzt bewerben.



Landkreis
Sigmaringen



Foto: IMAGO / Shotshop

ARBEITSZEITMODELL

Vier-Tage-Woche in der Verwaltung

Aufgrund der anhaltenden Wettbewerbssituation am Arbeitsmarkt wird die Vier-Tage-Woche immer mehr zu einem aktuellen Thema. Pionier in der öffentlichen Verwaltung ist die Stadt Mengen im Landkreis Sigmaringen.

VON NEELE AMON

Es gibt eine große Bandbreite an potenziellen Vorteilen für die Beschäftigten in Bezug auf die Vier-Tage-Woche. Allen voran ist das eine bessere Work-Life-Balance. So kann durch die Reduzierung eines Arbeitstages mehr Zeit für Familie, persönliche Interessen und Erholung geschaffen werden.

Laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung im Mai 2023 wünschen sich etwa 81 Prozent der Vollzeitbeschäftigten eine Vier-Tage-Woche mit entsprechend niedrigerer Wochenarbeitszeit.

Stadt Mengen ist Vorreiter in der Verwaltung

Knapp 73 Prozent der Befragten würden demzufolge eine Arbeitszeitverkürzung lediglich dann in Anspruch nehmen, wenn ihr Lohn gleich hoch bleibt. Die Zahlen lieferte eine Erwerbstätigenbefragung, die das Forschungsförderungswerk

STIMME ZUM THEMA



Lara Schweizer,
22 Jahre,
Beamtin im mittleren Dienst,
tätig im Finanzamt Heilbronn

Über die Vier-Tage-Woche habe ich mir bisher noch keine Gedanken gemacht. Auf den ersten Blick hört sich ein Arbeitstag weniger und ein verlängertes Wochenende verlockend an. Mit genauen Konzepten, wie es für Beamte mit einer 41 Stunden Woche geregelt wird, habe ich mich noch nicht weiter auseinandergesetzt. Aktuell kann ich mir keine Arbeitszeitverkürzung mit entsprechender Lohnkürzung vorstellen, um ein solches Modell in Anspruch

zu nehmen. Außerdem ist mein privates Umfeld bisher in einer normalen Fünf-Tage-Woche beschäftigt. Den zusätzlichen freien Tag könnte ich nicht mit meiner Familie oder Freunden gemeinsam nutzen und an den übrigen Arbeitstagen hätte ich durch die Mehrarbeit weniger Freizeit. Prinzipiell bin ich für neue Arbeitsmodelle offen, jedoch würde mich aktuell ein fester Tag Homeoffice in der Woche mehr ansprechen.

des Deutschen Gewerkschaftsbundes im November 2022 durchgeführt hat. Ein Modell der Vier-Tage-Woche hat die Stadt Mengen im Landkreis Sigmaringen bereits im Juni 2023 eingeführt. Dort bleibt das Rathaus freitags geschlossen. Die Wochenarbeitszeit von 39 Stunden für Angestellte und 41 Stunden für Beamte bleibt gleich, lediglich die Anzahl der Arbeitstage für die insgesamt rund 220 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verringert sich.

Aufgrund der Tarifgebundenheit im öffentlichen Dienst ist bisher keine Arbeitszeitverkürzung bei gleicher Bezahlung möglich. Eine konsequente Umstellung auf eine Vier-Tage-Woche hat seither keiner der Mitarbeiter in Anspruch genommen. Viele von ihnen haben ihr Herz für die Kunden und den Service entdeckt.

Lebensqualität ist ein wichtiger Gesichtspunkt für Bewerber

Außerdem ist es kaum noch möglich, Überstunden anzusammeln, der Urlaubsanspruch muss umgerechnet werden und Beamte müssen die Arbeitszeit um eine Stunde reduzieren. Allerdings wurde mit Wegfall der Kernarbeitszeit am Freitag eine Alternative geschaffen. Die Mitarbeiter des Rathauses können selbstbestimmt und kurzfristig

entscheiden, ob sie freitags arbeiten oder nicht. Hierbei müssen sie sich nicht selbst um eine Vertretung kümmern. Angesichts der zunehmenden Schwierigkeit, Stellen in der öffentlichen Verwaltung zu besetzen, die vorhandenen Mitarbeiter zu halten und ausreichend Personal zur Deckung der Öffnungszeiten bereitzustellen, konnte die Hauptamtsleiterin der Stadt Mengen, Sabine Reger, auch die vereinzelt kritischen Stimmen in der Öffentlichkeit überzeugen oder zumindest größeres Verständnis für dieses bisher ungewöhnliche Modell wecken.

Ob es seit der Einführung eine Attraktivitätssteigerung für potenzielle Bewerber gibt, lässt sich laut Reger schwer feststellen. Eines ist der Stadtverwaltung Mengen aber in jedem Fall gelungen: Auf sich als Arbeitgeber aufmerksam zu machen und sich gleichzeitig von der Konkurrenz abzuheben. ■

Weitere Informationen zum neuen Arbeitszeitmodell der Stadt Mengen für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, den Öffnungszeiten des Rathauses und der Stadtwirke für den Publikumsverkehr sowie den Vorteilen für den Klimaschutz finden Sie unter:

<https://kurzelinks.de/Vier-Tage-Woche-Modell-Mengen>



STADT DITZINGEN



... mehr als nur eine Stadt



 **Bezuschussung der individuellen Mobilität**

 **Mobiles Arbeiten**

 **Attraktive Weiterbildung**

 **Flexible Arbeitszeitmodelle**

 **Betriebliches Gesundheitsmanagement z.B. Firmenfitness**

 **E-Bike-Leasing**



IMAGO / Herrmann Agentur fotografie

NACHHALTIGE VERWALTUNG

Bundesgartenschau ist ein Leuchtturmprojekt

Wirtschaftlich effizient, sozial gerecht und ökologisch tragfähig – das sind Hauptaspekte nachhaltiger Entwicklung. Die Schwierigkeit der Aufgabe und die Rolle der Verwaltung zeigt das Beispiel der Stadt Mannheim und der BUGA 23.

VON MARIUS WINKEL

Die nachhaltige Gestaltung unserer Gegenwart und Zukunft ist eines der zentralen gesellschaftlichen Probleme. Diese so zu entwickeln, dass die Bedürfnisse der heutigen Generationen erfüllt werden, ohne die Möglichkeiten und Vorstellungen künftiger Generationen zu beeinträchtigen, endet oftmals im Interessenkonflikt verschiedener beteiligter Gruppen. Der Klimawandel und die einhergehende Erderwärmung stellen hierbei nicht den einzigen Gesichtspunkt dar. Nachhaltigkeit kann und muss auf viele Facetten des Lebens übertragen werden. So auch im Bildungs- und Gesund-

heitsbereich. Welche Rolle nimmt die Verwaltung nun hierbei ein und wie kann sie entscheidend agieren? Ein Paradebeispiel hierfür ist die Bundesgartenschau 2023 in Mannheim. Hier wurden und werden viele Aspekte der Nachhaltigkeit vereint.

Verwaltungen sind weder Teil der Gesetzgebung oder Rechtsprechung, noch üben sie politische Regierungstätigkeiten aus. Oftmals treten Sie als Kontrollinstanz oder Regulator gegenüber Gesellschaft und Wirtschaft auf. Sie verfügen jedoch auch über gestalterische Kompetenzen. Hierfür werden Koordinations- und Stabstellen und auch eigene Fachämter gegründet, in denen Leitbilder und Strategien zu unterschiedlichsten Thematiken entwickelt werden. Gerade im Zuge der Problematik einer nachhaltigen Lebensweise überwiegt der gestalterische Aspekt zunehmend und die öffentliche Hand versucht ihre Rolle als Vorbild für Gesellschaft und Wirtschaft einzunehmen.

Ehemaliger Militärblock wird zu Grünzug

Ein bereits angesprochenes und viel beachtetes Modell findet sich in Mannheim. Hier wurde im März 2019 das „Leitbild Mannheim 2030“ durch den Gemeinderat verab-

schiedet und immer wieder aktualisiert, um auf akute Situationen, wie beispielweise die Corona-Krise, reagieren zu können. Als Orientierung dienen die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen. Daraus entstanden sind in enger Zusammenarbeit, unter anderem mit Unternehmen, Vereinen und Hochschulen, sieben strategische Ziele, die das Stadtbild langfristig prägen sollen. Der Fokus liegt hierbei immer auf der integrierten Gesamtsicht. Es gilt die einzelnen Dienststellen folglich dazu anzuhalten, über ihren eigenen Bereich hinauszuschauen und das große Ganze im Blickfeld zu haben.

Hauptverantwortlicher für die Gesamtsteuerung der städtischen Aktivitäten in Mannheim ist der Fachbereichsleiter der Abteilung Demokratie und Strategie, Christian Hübel. Er sieht die Bundesgartenschau 2023 als prominentestes und nahezu optimal umgesetztes Beispiel eines integrierten Gesamtprojekts.

Der Fokus liege nicht auf dem kurzfristigen Erfolg, sondern auf dem langfristigen Blick über einige Jahre. Auf der ehemaligen Militärfäche wurde ein Grünzug errichtet, der auf lange Sicht bestehen bleibt und den kühleren Luftzug aus dem angrenzenden Odenwald in die dicht besiedelte Innenstadt Mannheims bringt. Hier werde dadurch „eine Temperatursenkung von etwa eineinhalb bis zwei Grad erzielt“, so Hübel. Darüber hinaus wurde Wohnraum für etwa 4000 Menschen geschaffen, die zahlreiche

Freizeitflächen nutzen können. Ebenfalls erfreulich ist die positive Entwicklung im Bereich der Biodiversität. Bereits heute siedeln sich neue Tierarten im neugeschaffenen Raum an, die man nun verstärkt schützen möchte.

Problemorientiertes Arbeiten ist gefordert

Hübel betont, dass das Hauptproblem nicht immer die fehlenden finanziellen Mittel sind, die zu einer eher gebremsten Entwicklung führen. Vielmehr ist es der ineffiziente Umgang mit den vorhandenen Mitteln. Er formuliert die aus seiner Sicht zentrale Fragestellung: „Wie kommen wir problemorientiert ans Ziel, ohne die vorhandenen Aufträge, wie den Denkmal- und Brandschutz, zu sehr zu vernachlässigen?“ Zusätzlich merkt er an, dass der Fokus auf Auflagen und deren Ablaufprozesse gegenüber dem eigentlichen Problem noch zu groß sei.

Es bleibt abzuwarten, wie sich das geplante Konzept für die Zukunft tatsächlich in der Realität umsetzen lässt und ob es sich derart erfolgreich weiterentwickelt, wie es begonnen hat. Stand jetzt jedoch bleibt festzuhalten, dass die BUGA 23, die Bundesgartenschau in Mannheim für Viele ein Erfolgsbeispiel für nachhaltige Stadtentwicklung ist. Der oftmals schwierige Spagat zwischen wirtschaftlichen und sozialen sowie ökologischen Interessen ist gelungen. ■

Leutkirch

Arbeitgeber Stadtverwaltung Leutkirch.

Arbeiten wo andere Urlaub machen – wir freuen uns auf eure Bewerbungen!

Wir suchen Kolleginnen und Kollegen mit Engagement, Motivation und Eigeninitiative. Kollegen die dazu beitragen, dass Leutkirch im Allgäu lebenswert und attraktiv bleibt und sich weiterentwickelt.

Wir freuen uns auf eure Bewerbungen und über die Verstärkung in unserem Team!

Über die vielfältigen Möglichkeiten und freie Stellen könnt ihr euch auch auf unserer Website informieren:

www.leutkirch.de/karriere

Ihr möchtet dort arbeiten, wo andere Urlaub machen?

Villingen-Schwenningen

NACHWUCHSKRAFT IM GEHOBENEN VERWALTUNGSDIENST

(m/w/d) B.A. - Public Management, verschiedene Einsatzmöglichkeiten, ab A 10 gD, Probezeitverkürzung möglich

JETZT BEWERBEN

»Stadt geht nicht alleine!«

Wie Stadt funktioniert? Nur mit einer leistungsfähigen Verwaltung. So unterschiedlich wie die Menschen in VS, so abwechslungsreich und vielseitig sind auch die Jobs. Haben Sie Lust, Teil unseres starken Teams zu werden?

jobs.villingen-schwenningen.de

DEUTSCHLANDS UNTERNEHMEN MIT ZUKUNFT 2023/24

stern

Stadtverwaltung Villingen-Schwenningen

In der Statistik 200 Unternehmen
Umsatz 11.000.000.000 €
Ausgaben 20.000.000 €
Gründung im September 2023



Foto: IMAGO / Jochen Tack

INTERVIEW

„Für jede neu geschaffene Regelung muss eine alte weichen“

DAS GESPRÄCH FÜHRTE NICO GASCH



Hendrik Mench,
Lehrbeauftragter der Hochschule Kehl und
Sachgebietsleiter Gaststätten-/Gewerberecht in Freiburg

Hendrik Mench ist seit zwei Jahren Lehrbeauftragter der Hochschule Kehl, arbeitet im Amt für öffentliche Ordnung der Stadt Freiburg und leitet dort seit diesem Jahr das Sachgebiet Gaststätten- und Gewerberecht. Der 28-Jährige spricht im Interview über Krisen und Chancen der öffentlichen Verwaltung.

Immitten der Corona-Pandemie traten Sie Ihre erste Stelle im Landratsamt Breisgau - Hochschwarzwald an. Wie war das für Sie in so einer Krisenzeit?

Das war eine sehr intensive Zeit für mich. Während ich in der ersten Woche noch eingelernt wurde, musste ab der zweiten Woche aufgrund der Pandemie alles auf das Nötigste zurückgefahren werden. Corona hat den Berufseinstieg also sehr durcheinander

geworfen. Zusätzlich fehlte einem dann auch der Ausgleich vom stressigen Arbeitstag aufgrund der privaten Beschränkungen. Dennoch habe ich wichtige Erfahrungen sammeln und schnell selbstständig arbeiten können. Da war das praxisorientierte Studium in Kehl eine gute Vorbereitung.

Der baden-württembergische Gemeindetagspräsident Steffen Jäger sprach im September vergangenen Jahres von einem Dauerkrise-Modus der Kommunen und Verwaltungen. Können Sie der Aussage zustimmen?

An der Aussage ist etwas Wahres dran. Die Kriege, Flüchtlingskrise, Pandemie und Inflation wirken sich immer auch auf die Arbeit unserer Verwaltung aus, weil wir als Exekutive

die Maßnahmen umsetzen, die die Politik beschlossen und als notwendig empfunden hat. Hinzu kommt, dass eine Krise auf die andere folgt, sie sich überlappen oder gar gegenseitig bedingen. Was man in diesem Zusammenhang als Beamter daher in aller Regel nicht haben wird, ist ein leerer Schreibtisch. Der öffentliche Dienst ist diese Arbeitsbelastung aber bereits gewohnt.

Bund, Länder und Kommunen sehen in der Digitalisierung eine große Chance zur Förderung einer effektiven und serviceorientierten Verwaltung. Was für Digitalisierungsprozesse bedarf es Ihrer Ansicht nach dazu?

Die Digitalisierung ist noch nicht damit geschafft, dass Onlineanträge ermöglicht oder Unterlagen per Mail akzeptiert werden. Insbesondere die E-Akte müsste zwingend optimiert werden. In vielen Behörden laufen deswegen einige Vorgänge parallel, da Unterlagen auf Laufwerken gespeichert werden, um sie dann wiederum in E-Akten-Programme zu importieren. Dafür fehlt dann aber oftmals eine Schnittstelle, weil diese noch nicht programmiert wurde. Was es braucht, sind einheitliche Programme: einfach in der Handhabung, deutlich mehr Funktionen. Mit der richtigen Umsetzung und vernünftigen Programmen ist die Digitalisierung eine gute Chance, Verwaltungsprozesse zu optimieren.

Der Deutsche Beamtenbund (DBB) spricht von der 'Überbürokratisierung' deutscher Verwaltungen. Sind unsere Rathäuser, insbesondere in Krisensituationen, also noch handlungsfähig?

Grundsätzlich möchte ich das bejahen. Die Verwaltungshochschulen leisten hervorragende Arbeit in der Ausbildung von Beamten und sichern damit die Zukunft unserer Behörden. Allerdings stoßen auch die besten Beamten an ihre Grenzen, wenn rechtliche Vorgaben eine „unbürokratische Vorgehensweise“ unmöglich machen. In diesem Zusammenhang lässt sich das beispielsweise am Baurecht schön darstellen, da Baugenehmigungsverfahren bekanntermaßen viel zu lange dauern. Mit der Genehmigung sind die Verfahren zudem häufig noch nicht abgeschlossen. Durch Drittwidersprüche und -klagen verzögert sich oftmals der Baubeginn, selbst wenn diese im Baurecht keine aufschiebende Wirkung entfalten. Im Ergebnis ist es Aufgabe der Gesetzgebung, die rechtlichen Vorgaben für die Rechtsanwender in den Behörden zu schaffen, um weiterhin handlungsfähig zu sein. Für den Abbau von Bürokratie muss meines Erachtens viel mehr vom One-In-One-Out-Prinzip Gebrauch gemacht werden: Für jede neu geschaffene Regelung muss eine alte weichen. Natürlich gibt es da auch Ausnahmen, aber der Grundgedanke ist mehr als sinnvoll. ■

Neue Talente finden



JANES
| die Job-Agentur

Die **Janes Agentur** in Stuttgart ist spezialisiert auf Stellenanzeigen für den öffentlichen Dienst und sozialen Bereich.

Wir helfen Ihnen, Ihr Personal für die Zukunft zu finden.

Entdecken Sie Talente, die Ihre Kommune voranbringen.

Ihr **unverbindliches Angebot** unter

info@stelleninserate.de

Gymnasiumstr. 43 • 70174 Stuttgart • Tel. 0711 625097



Foto: IMAGO / Panthermedia

BGM ALS ERFOLGSFAKTOR

Betriebliches Gesundheitsmanagement

Gesundheitsmanagement gewinnt immer größere Bedeutung. Systematisch und nachhaltig die Gesundheit der Beschäftigten zu fördern, ist auch in der öffentlichen Verwaltung wichtiger denn je.

VON JOHANNA SCHÄFER

Der Wandel in der Arbeitswelt mit steigenden Belastungen und der Wunsch nach Work-Life-Balance beeinflusst die Gesundheit und die Leistungsfähigkeit der Beschäftigten gerade auch in der öffentlichen Verwaltung. Die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und die Analyse der Arbeitssituation auch mit Blick auf die Bedürfnisse der Arbeitnehmer birgt in vielen Bereichen noch erhebliches Verbesserungspotential. Antworten darauf kann die Einführung und Umsetzung eines betrieblichen Gesundheitsmanagement liefern.

Zur Umsetzung des betrieblichen Gesundheitsmanagement ist es relevant, den Aufbau zu verstehen. Betriebliches Gesundheitsmanagement baut auf drei Säulen auf. Den gesetzlich bindend vorgeschriebenen Arbeitsschutz sowie das Eingliederungsmanagement und vor allem die freiwillige betriebliche Gesundheitsförderung mit sehr individuellen Ausgestaltungsmöglichkeiten. Für einen ganzheitlichen Blick hat die Stadt Karlsruhe in der Abteilung „Gesundheit und Prävention“ die Bereiche Arbeitsmedizin, Arbeitssicherheit und betriebliches Gesundheitsmanagement gebündelt. Hiervon erhofft man sich eine bessere Abstimmung für die Planung von Maßnahmen, so Matthias Geist der Stadt Karlsruhe.

Bewegung und Entspannung

Maßnahmen des BGM können unterschieden werden in Verhaltensprävention und Verhältnisprävention. Verhaltensprävention umfasst all die Maßnahmen, in welchen Mitarbeiter angeleitet werden, ihr eigenes Verhalten zu ändern. Das sind zum Beispiel Vorträge zu Bewegung, Entspannung und Ernährung. Bei der Verhältnisprävention geht es um die gesundheitsfördernde Veränderung der Arbeitsumgebung. Häufig sind verhältnispräventive Maßnahmen für den Arbeitgeber aufwendiger umzusetzen, aber vor allem bei der psychischen Gesundheit besonders wirksam. Hierbei werden die Arbeit, die Organisation und die Rahmen-

bedingungen so gestaltet, dass zum Beispiel weniger Stress aufkommt, so formuliert es Claudia Trippel von der Hochschule Kehl. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Zielgruppe. Ist es eine Arbeitsgruppe, ein Sachgebiet oder eine Abteilung? Im betrieblichen Gesundheitsmanagement kann unterschieden werden in Büroarbeitsplätze und den gewerblich manuellen Bereich. „Die Gesundheit der Mitarbeitenden sollte in möglichst vielen Abläufen, Organisationen und Situationen mitgedacht werden – möglichst schon in deren Konzeption“, so äußert sich Matthias Geist von der Stadt Karlsruhe. Die Einbeziehung der Mitarbeiter ist demnach besonders wichtig, etwa durch Umfragen oder Dienststellengespräche.

Betriebliches Gesundheitsmanagement ist eine Win-Win-Situation für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Ein Erfolgsfaktor für die öffentliche Verwaltung, um weiterhin gute und zeitgemäße Dienstleistungen für ihre Kunden anzubieten. ■

VOM CAMPUS
ZUR KARRIERE

Bereit für den nächsten Schritt?
Wir haben die Jobs!

STADT KORN WEST HEIM

kornwestheim.de/karriere



„ICH HABE MICH FÜR DIESES STUDIUM ENTSCHIEDEN, WEIL...“

Neele Amon
22 Jahre

Ich durch meine Ausbildung zur Verwaltungsfachangestellten bereits erste Erfahrungen in der öffentlichen Verwaltung sammeln konnte. Mit dem Studium möchte ich darauf aufbauen und durch den Praxisbezug weitere Einblicke in die vielfältigen Bereiche der öffentlichen Verwaltung erhalten.

Mike Schlosser
30 Jahre

Ich etwas Sinnvolles machen wollte. Das Studium Public Management bietet einem die Möglichkeit, in allen Bereichen der öffentlich Verwaltung tätig zu werden. Gerade diese Vielfalt und die Kombination aus Theorie und Praxis hat mich dazu bewegt, diesen Weg einzuschlagen.

Sebastian Krieger
23 Jahre

Man nach dem Studium eine große Bandbreite an Möglichkeiten im Berufsleben hat. Die Verwaltung bietet außerdem einen sicheren Arbeitsplatz, was sich positiv auf meine Entscheidung ausgewirkt hat.

Jan Glöckler
20 Jahre

Mich die Kombination aus Rechts- und Betriebswissenschaften verknüpft mit psychologischen Aspekten und Sozialkompetenzen anspricht. Es ist mir ein Anliegen mich für die Bedürfnisse der Menschen einzusetzen und meinen Beitrag für das Allgemeinwesen zu übernehmen.

Gabriel Nold
21 Jahre

Mir bereits in meinem Schulpraktikum klar wurde, dass ich später einmal in der Verwaltung arbeiten möchte. Gerade die vielseitigen Arbeitsbereiche, in denen ich die Möglichkeit habe, meine Ideen einzubringen, finde ich interessant.

Marius Winkel
21 Jahre

Ich Abläufe einfacher und transparenter für den Bürger gestalten und so einen Beitrag für die Gesellschaft leisten möchte. Vor der Verwaltung liegen Herausforderungen, an deren Lösung ich mit meinen Fachkenntnissen und Sozialkompetenzen mitarbeiten möchte.

Nico Gasch
21 Jahre

Mich die Kunst der Verwaltung, politischen Willen und gesellschaftliche Bedürfnisse in Einklang zu bringen und zum Wohle der Allgemeinheit auszuführen, stets aufs Neue fasziniert. Daher ist das Studium in Kehl eine Möglichkeit, all diese Komponenten zu vereinen.

Alexander Schmitt
31 Jahre

Mir gefällt, dass das Studium generalistisch ist und so viele Wege eröffnet. Die Gesetzesarbeit und das Finden einer gerechten Anwendung machen mir Spaß. Sehr sinnstiftend finde ich die Arbeit fürs Gemeinwohl. Die Vorteile des öffentlichen Dienstes runden das Studium ab.

Johanna Schäfer
23 Jahre

Ich die Kombination aus praktischen und theoretischen Phasen ideal finde, um meine Kompetenzen auszubauen. Zudem sprechen mich die vielfältigen Aufgaben in der Verwaltung besonders an.

IMPRESSUM

Herausgeber und Verlag: Staatsanzeiger für Baden-Württemberg GmbH & Co. KG, Breitscheidstraße 69, 70176 Stuttgart; **Geschäftsführer:** Dr. Alexander Teutsch, Telefon: 07 11/6 66 01-0, info@staatsanzeiger.de, www.staatsanzeiger.de; **Chefredakteur:** Dr. Rafael Binkowski; **Redaktion:** Breda Nußbaum, Christoph Müller mit Studierenden der Hochschule Kehl; **Gestaltung:** Barbara Wirth; **Druck:** Ungeheuer + Ulmer KG GmbH + Co, Körnerstraße 14 - 18, 71643 Ludwigsburg **Titelbild:** IMAGO / Westend61

Ulm sucht Sie

Als eine der größten Arbeitgeberinnen in der Region mit fast 3.700 Beschäftigten bieten wir attraktive Karrierechancen.

Stadt Ulm

Gestalten statt verwalten

135 Berufe, unendliche Möglichkeiten

Homeoffice und Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Umfangreiche Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten

Aktives Mitgestalten Ihrer Aufgaben

Verschiedene Vergünstigungen wie Mittagstisch, Deutschlandticket, etc.

Weitere Infos über die Stadtverwaltung Ulm als Arbeitgeberin und unsere Stellenangebote finden Sie unter karriere.ulm.de



Wir suchen Sie!

Bewerben Sie sich jetzt unter [Boeblingen.de/Karriere](https://www.boeblingen.de/Karriere)



Ihre Chance auf eine vielfältige und zukunftsorientierte Karriere

Die Stadtverwaltung Böblingen ist ein attraktiver Arbeitgeber für engagierte Menschen, die eine sinnstiftende und abwechslungsreiche Tätigkeit suchen.

Attraktives Arbeitsumfeld

- 👍 Modernes und wohlwollendes Arbeitsklima
- 👍 Flexible und vielfältige Arbeitszeitmodelle
- 👍 Betriebliche Altersvorsorge
- 👍 Work-Life-Balance und Vereinbarkeit mit der Familie
- 👍 Verschiedene Mobilitätszuschüsse
- 👍 Events und Teambuilding

Fortbildung und Entwicklungschancen

- 👍 Diverse Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten
- 👍 Programme für persönliche, technische und fachliche Weiterentwicklung
- 👍 Künftige und aktuelle Führungskräfte

Gemeinsam gestalten wir Böblingen

- 👍 Vielfältige Erwerbsbiografien und Erfahrungen
- 👍 Chancengleichheit unabhängig von Geschlecht, Lebensentwurf und Kultur
- 👍 Nachhaltigkeit und Klimaneutralität bis 2035

Künstliche Intelligenz (KI) in der Verwaltung

- 👍 Einsatz von Künstlicher Intelligenz
- 👍 Innovative Technologien zur Effizienzsteigerung
- 👍 Bürgernahe Digitalisierung

Viele weitere Benefits sowie unsere aktuellen Stellenausschreibungen finden Sie auf unserer Karriereseite.

